



Mindestlöhne in Europa Anfang 2017 gestiegen

Anstiege zum Teil überdurchschnittlich

Die meisten EU-Länder haben die Höhe ihres jeweiligen Mindestlohns im letzten Jahr angehoben, so das Ergebnis einer Studie von Eurofound der europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen.

2016 sind die Mindestlöhne in Europa deutlich angestiegen. Die Idee eines europaweiten Mindestlohns wird zunehmend im Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission diskutiert. Das Thema steht ganz oben auf der sozialpolitischen Agenda.

„In jedem Land der Europäischen Union sollte es einen Mindestlohn geben“, erklärte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker 23. Januar 2017 auf der Konferenz zur Europäischen Säule sozialer Rechte. Wenn es nach der Mehrheit im Europaparlament geht, soll die Kommission, den Mitgliedsstaaten vorschreiben, Mindestlöhne einzuführen.

22 von 28 Mitgliedsstaaten verfügen bereits über einen Mindestlohn. In Österreich, Dänemark, Finnland, Italien und Schweden wird das Mindestlohniveau de facto durch Tarifverträge festgelegt. In Österreich wirkt die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen differenzierter als es ein allgemeiner Mindestlohn kann.

Die Mindestlöhne variieren enorm zwischen den Mitgliedsstaaten. Während man in Luxemburg mindestens 2.000 Euro (bei Vollzeit) im Monat verdient, erhält ein Arbeiter in Bulgarien nur 235 Euro und in Rumänien 322 Euro. In Deutschland liegt er bei etwa 1.480 Euro. Der höchste Mindestlohn in Luxemburg entspricht dem 8,5 fachen des niedrigsten Mindestlohns in Bulgarien. In Deutschland ist der Mindestlohn um mehr als das 6 fache höher.

Das Wachstum bei den Mindestlöhnen hat sich – im Vergleich zum Vorjahr – beschleunigt. 15 der 22 Länder, die einen Mindestlohn haben verzeichneten größere Steigerungen als im Vorjahr. Zwischen dem 1. Januar 2016 und dem 1. Januar 2017 stiegen die Mindestlöhne in den neuen Mitgliedsstaaten stärker als in der Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten. In Rumänien, Ungarn und Tschechien kletterte der Mindestlohn am stärksten.

Auch wenn sich die Mitgliedsstaaten insgesamt aneinander annähern, bleiben erhebliche Differenzen, unterstreicht Eurofound. In den meisten EU-Ländern profitieren Niedriglohnarbeiter von der Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen. Nur in Griechenland liegt der aktuelle Mindestlohn unter dem Niveau von 2010.

Marianne Thyssen, EU-Kommissarin für Beschäftigung Soziales, machte jedoch klar, dass die Kommission keinen EU-weiten Mindestlohn festlegen werde. Lohnpolitik liege im Verantwortungsbereich der Mitgliedsstaaten, nicht der Kommission. „Das hält uns nicht automatisch davon ab, Maßstäbe zu setzen. Wir wollen, dass sich die Mitgliedsstaaten aneinander annähern. Es kann von Vorteil sein, sich gemeinsam darüber klar zu werden, was ein Mindestlohn eigentlich ist“, erklärte Thyssen anlässlich einer Plenarsitzung des Europäischen Parlamentes am 19. Januar 2017 in Straßburg.

Die zuständige Berichtsteratterin im Europäischen Parlament, Maria Rodrigues (ehemalige Arbeitsministerin Portugals) forderte, dass nationale Regierungen verpflichtet sein sollten, Mindestlöhne einzuführen. Diese werden auch auf unterschiedlichen Höhen innerhalb der EU festgelegt. „Wir brauchen einen europäischen Rahmen, der verfügt, dass es in allen Mitgliedsstaaten einen Mindestlohn geben muss und dass das konkrete Niveau in jedem Land selbst bestimmt werden kann.“

Konkreter wurde das Parlament dann aber nicht. Auf Antrag der konservativen Europäischen Volkspartei (EVP) wurde der Abschnitt gestrichen, der vorsah, einen nationalen Mindestlohn auf mindestens 60 Prozent des nationalen Medianlohnes festzulegen. Dieser Schwellenwert hat mehr als symbolische Bedeutung. 60 Prozent des Medianlohns ist der Referenzwert für die Armutsgefährdungsschwelle. Wer mehr verdient, gilt als nicht mehr von relativer Einkommensarmut bedroht.

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert

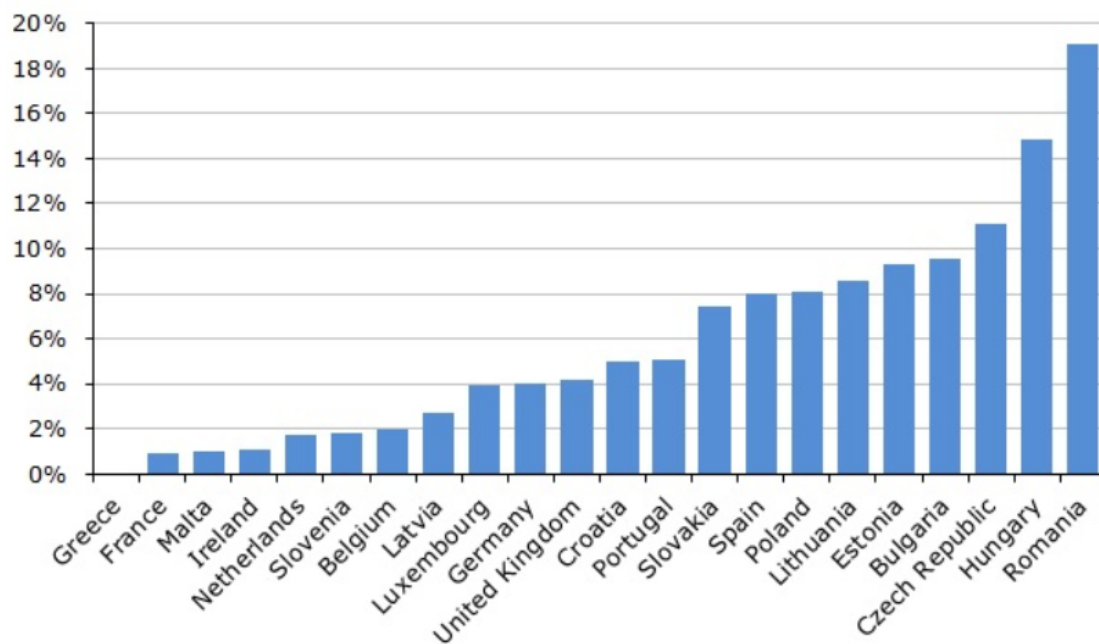


Tabelle: Anstieg zwischen 1. Januar 2016 und 1. Januar 2017